

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 161. Ratssitzung vom 12. Juli 2017

3110. 2017/117

Weisung vom 03.05.2017:

Finanzverwaltung, Zusatzkredite I. Serie 2017

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2017 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	9 466 200	2 289 600
2. Kreditübertragungen	+5 923 200 -38 813 200	+33 020 000 -130 000
Zusatzkredite brutto	-23 423 800	35 179 600

- B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
- den Zusatzkrediten von	9 466 200	2 289 600
- den Kreditübertragungen von	+5 923 200	+33 020 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
- verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-38 813 200	-130 000
- Folgewirkungen der Zusatzkredite und Kreditübertragungen auf die Laufende Rechnung (Aufwand/Ertrag) bzw. die Investitionsrechnung (Ausgaben/Einnahmen) von	28 185 000	-
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	4 761 200	35 179 600

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt der Präsident Walter Angst (AL) die Weisung zu den Zusatzkrediten I. Serie 2017 vor und vertritt die Mehrheit.

Walter Angst (AL): Der Stadtrat legt dem Gemeinderat eine Zusatzkreditweisung vor, die brutto zu Mehrausgaben in der laufenden Rechnung von 9,5 Millionen Franken und netto von 4,76 Millionen Franken führt. Der Antrag ist zurückhaltend. Diese Politik wird seit einigen Jahren verfolgt, dass man mit den Zusatzkrediten nicht das ganze Budget nochmal massiv erhöht. Das ist eine Entwicklung, die sämtliche Fraktionen in der RPK begrüßen. Zwei Geschäfte werden wir im Rahmen der Dispositivänderungen nicht diskutieren, die eigentlich die interessantesten sind. Das erste ist die Übertragung von 32,8 Millionen Franken von der laufenden Rechnung in die Investitionsrechnung bei ERZ Entsorgung + Recycling Zürich. Dieses ist Anfang des Jahres vom Stadtrat angewiesen worden, sämtliche Kanalsanierungen, die Erneuerungsinvestitionen und nicht Erneuerungsunterhalt sind, künftig als Investitionsausgabe abzurechnen und zu verbuchen. Das ist jetzt der entsprechende Budgetantrag, der vom Stadtrat gestellt wird. Der zweite Antrag, der nicht diskutiert wird, aber schon in den Medien war, ist der Aktivgehörschutz der Stadtpolizei. Die RPK hat intensiv darüber diskutiert, ob die Investition für den Schutz der Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten sinnvoll ist oder nicht. Offensichtlich sind alle Fraktionen zum Schluss gekommen, dass diese Investition gerechtfertigt ist. Die RPK hat eine Reihe von Anträgen gestellt, die wir nachfolgend diskutieren werden. Die Mehrheit der RPK empfiehlt die Zustimmung nach Bereinigung der Weisung mit einigen Änderungen.

Kommissionsminderheit:

Michael Baumer (FDP): Dies scheint ein Antrag in homöopathischen Dosen zu sein, der auch noch ein wenig korrigiert wird. Aber dennoch darf man daran erinnern, dass das Budget von 2017 nach wie vor stark negativ ist. Auch nach der Bereinigung der Dispositivpunkte wird dieses negative Budget nochmals verstärkt und nochmals mehr ausgegeben. Selbst wenn bei neun Milliarden Franken, vier oder fünf Millionen vielleicht nicht soviel ausmachen, geht es doch auch ein wenig um eine Prinzipfrage. Wenn man will, dass man die Finanzen im Griff hat, muss man bei zusätzlichen Ausgaben wie Zusatzkrediten auch aufzeigen, wo man die Minder- oder die Mehrausgaben her hat. Am Schluss ist dies trotzdem eine Nettobelastung, und ob es dann drei Millionen Franken sind oder dreissig Millionen Franken, ist egal. Es ist eine Mehrbelastung gegenüber dem Budget und deshalb werden wir nicht zustimmen, weil auch nach der Bereinigung das Gesamtbudget negativ sein wird.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Einmal mehr hat die SVP die meisten Kürzungsanträge bei den Zusatzkrediten gestellt und man kann das Gefühl bekommen, wenn man hier Jahr für Jahr das Gleiche erlebt, dass die SVP per se oder generell gegen Zusatzkredite ist oder das Prinzip eines Zusatzkredits nicht versteht. Doch es ist nicht so, dass wir das Prinzip

3 / 25

nicht verstehen, wir haben nur eine ganz andere Konzeption davon, was einen Zusatzkredit ausmacht. Ein Zusatzkredit ist für uns etwas, was absolut Ultima Ratio beantragt wird. Doch sieht man sich die hier beantragten Zusatzkredite an, werden diese für das Designupdate einer VBZ-Onlinezeitschrift gestellt, die niemand liest. Oder für ein Informationsportal zum Thema sexuelle Übergriffe. Oder für zusätzliche Kunst- und Kulturveranstaltungen in Zürich, als gäbe es davon nicht genug in der Stadt. Oder für zusätzliche Sozialwohnungen und zusätzliche Stellen im Sozialdepartement. Es zeigen sich erste negative Auswirkungen des 200 Millionen Franken-Überschusses. Doch man sagt sich, dass man das Geld ja hat, deshalb finanziert man davon hier noch ein Designupdate und da noch eine Kunstausstellung mehr. Ich stimme der FDP zu und bin für eine Ablehnung.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite I. Serie 2017 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zu Dispositivpunkt A) zu genehmigen:

1.1 Dringliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsmehrheit/-minderheit

Walter Angst (AL): *Bei der Erstellung des Dispositivs ist ein Fehler passiert. Der Betrag stammt nicht von der RPK, sondern vom Finanzdepartement. Es handelt sich hier um einen dringlichen Zusatzkredit, es geht um die Instandsetzung der beiden Häuser an der Neufrankengasse. Diese hat die Stadt gekauft, im Hinblick einerseits auf die Nutzung für die sozialen Einrichtungen und Betriebe und andererseits zur Vermietung. Man ging ursprünglich bei dem Stadtratsbeschluss davon aus, dass man mit knapp 102 Millionen Franken pro Liegenschaft die Instandsetzungen realisieren kann. Es hat sich gezeigt, dass dies so nicht funktioniert und eine andere Nutzungsüberlegung gemacht wurde. Nämlich die, dass beide Häuser von den sozialen Einrichtungen und Betrieben genutzt werden sollen. Wir werden wahrscheinlich noch dieses Jahr eine Kreditvorlage bekommen und der Neubezug der beiden Liegenschaften wird sich um ungefähr ein halbes Jahr verzögern, auf Mitte 2018. Der Finanzbedarf für den Unterhalt der Liegenschaften hat sich damit reduziert, weil ein erheblicher Teil im nächsten Jahr anfallen wird, deshalb kann man den Zusatzkredit auf eine Million Franken reduzieren.*

Michael Baumer (FDP): *Es ist ein dringlicher Zusatzkredit, das heisst, wir können beschliessen, was wir wollen. Der Stadtrat kann das in eigener Kompetenz machen. Das ist genau das Problem an dem Geschäft, das die Häuser an der Neufrankengasse betrifft. Dort hat die gleiche Minderheit, die jetzt hier dagegen ist, lautstark protestiert, dass die zunehmende Praxis, dass man einfach die Hauskäufe dringlich erklärt und damit weder dem Gemeinderat noch dem Volk vorlegen muss, nicht zielführend sein kann. Am Schluss führt der Stadtrat die ganze Diskussion in Eigenregie und das wollen*

4 / 25

wir nicht. Deswegen beantragen wir die Streichung der ganzen Renovationskosten, weil wir nach wie vor der Meinung sind, es war falsch, dass man die Häuser überhaupt gekauft hat. Hätte man sie nicht gekauft, hätte man auch die Renovation nicht machen müssen. Und wir wollen gar nicht wissen, was dies am Schluss alles für Kosten auslösen wird.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): Die FDP ist offensichtlich der Meinung, dass wir gegen den dringlichen Kauf gewesen sind. Das ist nicht der Fall. Wir waren dafür. Wir sind froh, dass man demnächst über die Nutzung der Liegenschaft im Gemeinderat entscheidet. Es ist wichtig, dass nach den dringlichen Verkäufen, die zwingend dringlich stattfinden müssen, weil man sonst solche Liegenschaften gar nicht kaufen kann, im Gemeinderat darüber entscheidet, was mit den Liegenschaften passieren soll.

S. 1	20 2026 3142 0000	Finanzdepartement Baulandreserven, Landreserven ausserhalb der Stadt Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Finanzvermögens		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 500 000		
	Neu 1 Verbesserung 1	1 000 000 1 500 000	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Begründung 1	Renovation erfolgt nicht im Jahr 2017.		
	Neu 2 Verbesserung 2	0 2 500 000	Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
	Begründung 2	Nicht dringlich.		

Die Mehrheit beantragt neu eine Kürzung um 1 500 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Antrag Stadtrat	(2 500 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(1 000 000)	73 Stimmen
Antrag Minderheit	(0)	<u>40 Stimmen</u>
Total		113 Stimmen
= absolutes Mehr		57 Stimmen

5 / 25

Damit ist dem Antrag der Mehrheit mit 73 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 57 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

2.1 Ordentliche Zusatzkredite Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): *Es sollen 160 000 Franken für die Neulancierung einer Kunstausstellung und für ein Zürcher Architekturzentrum gesprochen werden, das auch weiterfinanziert werden soll. Ich bin gerne an Kunst- und Kulturausstellungen. In der Stadt ist es absolut unmöglich, all dem nachzugehen, das Angebot ist viel zu gross. Warum man jetzt einen Zusatzkredit beantragen muss für eine zusätzliche Kunstausstellung, die dringend jetzt durchgeführt werden muss, leuchtet uns absolut nicht ein. Ich bin auch gespannt auf die Begründung, warum man ein Zürcher Architekturzentrum staatlich finanzieren muss. Gerade in einer Branche, die in den letzten Jahren so wahnsinnig gewachsen ist. Wenn jemand von der Masseneinwanderung profitiert hat, dann die Architekten und wenn diese ihr eigenes Zentrum nicht finanzieren können, stellt sich mir die Frage, ob es wirklich so etwas Bereicherndes ist. Wir möchten den Kredit streichen, weil wir ihn unnötig und nicht dringend finden.*

Shaibal Roy (GLP): *Es handelt sich bei den 160 000 Franken einerseits um 90 000 Franken für den Pilotbetrieb des Architekturzentrums im Museum Bellerive, für das der Stadtrat ursprünglich auch 105 000 Franken budgetiert hatte. Der Gemeinderat hat aber den ursprünglichen Betrag in der Budgetdebatte wieder herausgestrichen, mit dem Auftrag an den Stadtrat, allenfalls mit einem Zusatzkredit wiederzukommen, wenn mehr Details zum Pilotbetrieb bekannt sind. Inzwischen sind die verlangten Details zu dem dreijährigen Pilotbetrieb auch in der Kommission vorgestellt worden. Mit den beteiligten Partnern von Berufsverbänden, also dem Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein (SIA), dem Bund Schweizer Architekten (BSA) sowie auch der ETH und dem Architekturforum, die zur Trägerschaft gehören. Neben einem einmaligen Vorlauf, einem Kostenbeitrag von 90 000 Franken, soll die Stadt auch noch einen Betriebsbeitrag von insgesamt 525 000 Franken bewilligen. Die Gesamtkosten für den dreieinhalbjährigen Pilotbetrieb belaufen sich auf 1,658 Millionen Franken. Der städtische Beitrag über die Laufzeit von 2017 bis 2021 bewegt sich zwischen 23 % an den Vorlaufkosten und 29 % am Betriebsbudget. Das heisst, der Hauptteil wird von der privaten Trägerschaft getragen. Dazu kommen noch primär gebundene Instandsetzungsausgaben von zwei Millionen Franken. Das Architekturzentrum ist ein langfristig formuliertes Ziel aus dem Kulturleitbild und kann jetzt mit der erwähnten breit abgestützten Trägerschaft und einem finanziell subsidiären Engagement der Stadt realisiert werden. Der zweite Teil des Zusatzkredites betrifft 70 000 Franken an die neue Trägerschaft Betriebsverein Art Dock Güterbahnhof. Der Betrag ist also eine einmalige*

Anschubsfinanzierung zur Errichtung des Betriebsvereins für die Ausgestaltung von Personal und Infrastrukturen und er ist an klare Bedingungen an den Verein geknüpft. Für die ersten 40 000 Franken müssen die Gründungsakten des Betriebsvereins vorliegen, inklusive der Nennung der Personen im Vorstand und ihrer Funktionen. Diese lagen bis zum Abschluss der Behandlungen in der RPK noch nicht vor, aber wurden bald in Aussicht gestellt. Ohne diese fliesst auch kein Geld. Die zweite Tranche über 30 000 Franken wird erst ausbezahlt, wenn die Ausstellung eröffnet wird. Die Mehrheit der RPK beantragt die Zustimmung zum gesamthaften Zusatzkredit über 160 000 Franken.

S. 2	15 1501 3652 0000	Präsidialdepartement Kultur Kulturförderungsbeiträge		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	160 000	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
	Verbesserung	160 000		
	Begründung	Unnötige Neulancierung einer Kunstaussstellung bei Überangebot an Kunst und Kultur in Zürich. Zürcher Architekturzentrum ZAZ privat finanzieren.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): *Der nächste völlig unnötige Zusatzkredit betrifft 90 000 Franken für ein Informations-Webportal für sexuelle Belästigung oder sexuelle Gewalt. Ich hatte vor kurzem eine erzwungene Weiterbildung zum Thema sexuelle Gewalt und habe dort gefragt, was solche Informationsportale bringen, was Prävention bringt, ob es Zahlen gibt und wie sich das auswirkt? Die Antwort ist immer wieder die gleiche: Prävention ist nicht messbar und all die Resultate sind nicht messbar. Vor kurzem mussten wir in einer Fraktionserklärung der SP hören, wie schlimm es heute immer noch um Frauen in der Stadt steht, trotz Fachstelle für Gleichstellung, trotz aufgeblähtem Gleichstellungs- und Informationsapparat. Gerade weil die Mehrwerte nicht ausgewiesen sind, die so eine teure Seite rechtfertigen, wollen wir den Kredit streichen. Der Mehrheitssprecher wird sicher sagen, dass der Betrag vom Bund zurückgezahlt wird. Aber auch das sind*

Steuergelder, die ausgegeben werden und ob sie auf Bundesebene, auf kantonaler oder städtischer Ebene ausgegeben werden, ist uns eigentlich egal. Wir wollen sie nicht für nichts ausgeben.

Shaibal Roy (GLP): Bei diesem Zusatzkredit geht es um das Projekt WEB6, ein webbasiertes Info- und Beratungsportal zur Prävention von sexueller und sexistischer Belästigung am Arbeitsplatz. Die Zürcher Fachstelle für Gleichstellung hat dabei die administrative Federführung und das Projekt ist mit Finanzhilfe, nach dem Gleichstellungsgesetz des EDI, vollumfänglich mit gesamthaft 190 860 Franken finanziert. Die erste Tranche ist dabei schon 2016 geflossen, weil dann aber der Aufwand geringer war, betragen die buchhalterisch relevanten Kosten nicht 60 000 Franken gemäss Planung, sondern 90 000 Franken für das Jahr 2017. Dementsprechend stehen den Aufwänden auf dem Konto, die Beiträge vom Bund, den analogen Beträgen gegenüber und das heisst, für die Stadt geht es um einen saldoneutralen Durchlauf und Betrag. Die RPK-Mehrheit beantragt die Zustimmung zu dem Zusatzkredit über 90 000 Franken.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Es ist nicht so, dass wir jetzt grundsätzlich der Meinung wären, Prävention bringe nichts. Aber dieses Geschäft haben wir schon im Budget relativ ausgiebig diskutiert. Bei diesem Projekt stellt sich durchaus die Frage, wieso einmal mehr die Stadt die Aufgabe des Bundes erledigen muss? Es sind durchlaufende Beträge, weil der Bund diese nachfinanziert. Aber es entzieht sich meiner Kenntnis, warum die Stadt immer weitere Aufträge annimmt, weil man mit der Stellenplanung Fakten schafft und das kostet am Schluss die Stadt dennoch wieder. Deshalb sind wir grundsätzlich dagegen, dass die Stadt freiwillig Bundesaufgaben übernimmt.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Der Betrag ist für die Entwicklung einer Homepage, über die sich Opfer von sexueller Belästigung und Übergriffen am Arbeitsplatz melden können. Sexuelle Übergriffe gehören zu einer sozialen Plage der modernen Zeit, auch in Zürich. Die Opfer von sexuellen Übergriffen leiden nicht nur während der Tat selber, sondern auch noch jahrelang danach. Wir reden hier über Kosten, die ausserordentlich hoch sind. Das grosse Problem der Leute ist, dass sie sich nicht melden können, weil sie sich schämen. Es ist ein Problem, das wir kennen. Opfer von sexueller Gewalt haben Schwierigkeiten, überhaupt nach Hilfe zu rufen. Darum ist eine solche Informationsplattform von ausserordentlicher Wichtigkeit. Insbesondere betrifft das Problem der sexuellen Übergriffe geschlechts- und sexuelle Minderheiten, sie sind davon mehrfach betroffen. Kurz: Mit der Unterstützung der Homepage nimmt die Fachstelle für Gleichstellung schlichtweg ihren Auftrag wahr, dafür ist sie da. Aber SVP, FDP und CVP meinen, das Portal sei überflüssig und überteuert, eine staatliche Beschäftigungstherapie ohne ausgewiesenen Mehrwert. Vielleicht sollte man dies den Parteikollegen mitteilen, die vor einigen Wochen ganz stolz an der Pride vor den Medien bekundeten, sie würden alles Mögliche und Unmögliche tun gegen Homo- und Transphobie.

Stefan Urech (SVP): Wenn Parteimitglieder an der Pride sind, hat dies einen anderen Grund und zwar, dass man in Zürich so sein soll, wie man ist, ohne Einschränkungen. Aber was das jetzt für einen Bezug zu diesem Präventionsportal im Internet hat, ist mir nicht schlüssig. Hier geht es darum, dass man nicht ausweisen kann, was die Präventionsfachstellen für Wirkungen haben. Das ist ein aufgeblähter Apparat, der immer grösser wird. Es fing an mit Drogen, Rauchen, dann gamen und jetzt sexuelle Übergriffe jedweder Art. Das letzte Mal führten wir diese Diskussion nach der Messbarkeit bei der Fan-Sozialarbeit. Es hiess nur wieder, Prävention sei nicht messbar. Darum geht es und nicht darum, ob wir bei der Pride mitlaufen. Leute, die belästigt werden, kann man dadurch nicht schützen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Wir haben vor einem halben Jahr über 50 000 Franken bei den Zusatzkrediten abgestimmt, da ging es genau um das gleiche webbasierte Informations- und Beratungsportal zu sexueller und sexistischer Belästigung. Damals haben SVP und FDP den Kredit abgelehnt, die CVP hat zugestimmt. Damals lautete die Begründung: Kein Ausbau des Leistungskatalogs. Jetzt schliesst sich die CVP der Begründung der staatlichen Beschäftigungstherapie ohne ausgewiesenen Mehrwert an. Ich habe damals schon die Studie «Risiko und Verbreitung sexueller Belästigung am Arbeitsplatz» zitiert. Dort wird hochgerechnet, dass in der Stadt, die rund 450 000 Arbeitsplätze hat, sich 29 000 Frauen und Männer subjektiv sexuell belästigt fühlen, das sind 29 Personen am Tag. Ich möchte gerne von der CVP wissen, warum sie ihre Meinung geändert haben und mit dieser Begründung den Kredit ablehnen?

Michael Baumer (FDP): Es ist legitim, dass die verschiedenen Teile einer Minderheit verschiedene Aspekte finden, warum sie dagegen sind. Wir waren wegen des Ausbaus des Leistungsangebots dagegen. Der FDP geht es um die Frage, wie gross wir die Fachstelle noch ausbauen wollen. Man darf die Frage stellen, welche Staatsebene welche Massnahmen wahrnehmen soll, ohne dass man gleich ein schlechter Mensch ist. Es ist eine Frechheit, wenn man unseren Argumenten nicht einmal zuhört und sagt, für uns gäbe es keine Homophobie. Wir sind der Meinung, diese Aufgabe muss nicht die Fachstelle für Gleichstellung in der Stadt lösen und deshalb sind wir nach wie vor gegen die 90 000 Franken.

Christian Traber (CVP): Es ist richtig, dass wir seinerzeit den ursprünglichen Kredit unterstützt haben. Jetzt sprechen wir über die Zusatzkredite und es ist überhaupt nicht gesagt, dass die Begründung der Minderheit auch für uns in diesem Sinne gilt. Man ist nicht immer glücklich mit der Begründung eines Antrags, der von einer anderen Fraktion gemacht wird. Ich möchte aber trotzdem daran erinnern, dass wir das Thema in der Fraktion genau angeschaut haben und wir sehen die Auswüchse. Wir stellen auch die Studie nicht in Frage, das ist auch nicht das Thema. Es stellt sich für uns aber die Frage, welche Aufgaben die Fachstelle für Gleichstellung hat. Und wir sind der Meinung, dass wir nicht immer neue Aufträge für die Fachstelle suchen müssen, weshalb wir den Zusatzkredit ablehnen.

Walter Angst (AL): Es gab diverse Rückmeldungen dazu, wie die Verschiebungen der Kredite aussehen. Die Fachstelle für Gleichstellung wird überhaupt nicht aufgebläht, sie

ist Auftraggeber. Es gibt dort nicht ein Zehntel Prozent mehr Stellen. Die Fachstelle für Gleichstellung ist am nächsten dran, um die Entwicklung der Webseite, die durch Private erfolgt, zu begleiten.

S. 2	15 1506 3750 0000	Präsidialdepartement Fachstelle für Gleichstellung Durchlaufende Beiträge an private Unternehmungen		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	90 000	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	90 000		
	Begründung	Überflüssiges und überteuertes Webportal: Staatliche Beschäftigungstherapie ohne ausgewiesenen Mehrwert.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stephan Iten (SVP): Das automatische Parkbussen-Aussteller-Postulat ist letztes Jahr im Oktober eingereicht worden und wurde im März dieses Jahres dem Stadtrat überwiesen. Die Frist für das Postulat sind 24 Monate. Es gibt keinen Grund für einen Zusatzkredit, denn das Postulat hat keine Priorität. Den Betrag kann man in das ordentliche Budget übertragen und das Postulat nächstes Jahr in Angriff nehmen. Speziell fragt sich, ob das Konto überbudgetiert worden ist. Wir haben dort im Budget 500 000 Franken mehr budgetiert. Bei der ersten Lesung haben wir keine Antwort bekommen und bei der zweiten Lesung konnte man dies anscheinend plausibel erklären, so dass man den Betrag durchgewunken hat. Wieso man plötzlich von diesem Konto 90 000 Franken abziehen konnte für ein Postulat, das es in diesem Budget noch gar nicht gegeben hat, ist mir schleierhaft. Der Zusatzkredit ist unnötig und wir lehnen ihn ab.

Michael Baumer (FDP): Wir hatten die Diskussion vor einigen Wochen. Das Postulat wurde deutlich überwiesen und es macht Sinn, dass man dies umsetzt. Hinter jeder App kann man den Überwachungsstaat sehen, aber heute fehlt oft das nötige Kleingeld, um am Automaten zu bezahlen. Deshalb macht es Sinn, die Digitalisierung auch bei den Parkgebühren zu vollziehen. Man muss dies sowieso machen, weil man die

Parkgebühren erhöht hat. Es macht Sinn, dass man dies im gleichen Zug umsetzt, weil es sonst später mehr kostet. Die Mehrheit steht hinter dem Postulat, das man erst vor kurzem überwiesen hat und beantragt die Zustimmung zu den 90 000 Franken.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Als durchaus langjähriges RPK-Mitglied staune ich. Wie soll es juristisch angehen, einen Zusatzkredit für etwas zu stellen, was neu ist? Dieser Antrag ist nicht Zusatzkredittauglich. Man kann über alle Zusatzkredite diskutieren, ob sie nötig oder unnötig sind. Aber das hier ist explizit etwas, was nicht ins alte Budget eingeflossen ist. Es ist ein ganz neues Objekt, es wäre wahrscheinlich anfechtbar. Über das Postulat ist dieses Jahr abgestimmt worden. Aber in der Weisung ist explizit das Postulat erwähnt und das wurde in diesem Jahr überwiesen. Mit dem alten Budget hat es nichts zu tun und würde verwaltungsrechtlich nicht standhalten.

Michael Baumer (FDP): Es geht genau darum, dass man parallel zur Erhöhung der Parkgebühren diese App lanciert. Das Postulat hat man erst im März überwiesen, das stimmt. Aber die Abstimmung zu den Parkgebühren ist schon eine Weile her und dass man dies jetzt gleichzeitig umsetzen will, ist wohl mehr als sinnvoll.

Roger Liebi (SVP): Wir reden hier häufig über die Begründung von Zusatzkrediten, darüber wann ein solcher zulässig ist und wann nicht. Im Text steht ganz klar: «Es soll deshalb die Einführung eines neuen Systems zum bargeldlosen Bezahlen vorangetrieben werden». Das hatten wir Ende 2016 nicht im Budget und es ist von mir aus gesehen nicht zulässig, dass dies in einem Zusatzkredit behandelt wird.

S. 3	25 2505 3180 0000	Sicherheitsdepartement Parkgebühren Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	90 000	Mehrheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
	Verbesserung	90 000		
	Begründung	Keine Erhöhung der staatlichen Überwachung des ruhenden Verkehrs mit Smartphone App.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement beantragt 115 000 Franken, weil keine Bauingenieure gefunden werden. Wir haben dafür Verständnis, dass der Markt für Bauingenieure in der Schweiz knapp ist, aber nichtsdestotrotz wären wir froh, dass wenn man schon das Budget überschreitet, auf einem anderen Konto dafür eine Einsparmöglichkeit findet.

Florian Utz (SP): Im Tiefbauamt gibt es momentan eine sehr hohe Fluktuation. Es gibt aus Sicht des Gemeinderates zwei Möglichkeiten, wie man damit umgehen kann. Entweder sagt man, das Amt ist selber schuld, wenn es dem Personal nicht mehr Sorge trägt. Die andere Variante ist, dass wir dem Tiefbauamt das Geld geben, das notwendig ist, um das notwendige Personal anzuwerben. Eine Kreditübertragung geht juristisch nicht, weil die Gemeindeverordnung verlangt, dass ein Zusammenhang besteht zwischen dem Konto, aus dem man herausnimmt und dem, in das man einzahlt. Die RPK-Mehrheit ist der Meinung, dass die Gewährung des Zusatzkredites das sehr viel konstruktivere Vorgehen ist. Um Politik zu machen, benötigt man Personal und um Personal anzuwerben, benötigt man Personalwerbung und deshalb ist die Mehrheit der Meinung, den Zusatzkredit zu gewähren.

Weitere Wortmeldung:

Stefan Urech (SVP): Für das Personal benötigt man nicht einfach nur mehr Geld, um dieses anzuwerben. Personal muss auch ausgebildet werden. Es ist ein Hilfeschrei nach mehr Bauingenieuren in der Schweiz. Wenn man einen Soziologen sucht, gibt es hundert Bewerbungen auf eine Stelle und wenn man einen Bauingenieur sucht, gibt es hundert Tage niemanden, der sich meldet.

S. 4	35 3515 3092 0000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbauamt Personalwerbung		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	115 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	115 000		
	Begründung	Ordentliche Budgetierung für 2018 oder Einsparungsmöglichkeit auf anderem Konto aufzeigen, um diesen Betrag zu decken.		

12 / 25

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6a)

Kommissionsminderheiten:

Stefan Urech (SVP): *Wir wechseln zur Minderheit 3.*

Felix Moser (Grüne): *Dieser Kredit ist für den Einkauf von Streusalz. Im Antrag 6a geht es ausschliesslich um Streusalz, ERZ Entsorgung + Recycling Zürich möchte für 322 000 Franken neues oder mehr Streusalz einkaufen. Die Begründung der SP unterscheidet sich von derjenigen der Grünen. Der Stadtrat hat 2011 beschlossen, einen zweckdienlichen Winterdienst einzuführen. Das bedeutet vor allem einen sparsameren Umgang mit Salz. In der Konsequenz heisst das, dass nicht soviel gesalzen wird und nicht alle Strassen schwarz geräumt werden sollen. Vor zwei Jahren hat der Stadtrat eine Schriftliche Anfrage beantwortet, dort stand, dass es mit der Umsetzung der Strategie keine Probleme gäbe, es waren aber auch keine offensichtlichen Resultate ersichtlich. Der Salzverbrauch ist mehr oder weniger gleich geblieben, beziehungsweise war er in erster Linie vom Schneefall abhängig, vom Frost und den Wechsellagen. Ein Trend zu einem Minderverbrauch war nicht festzustellen. Aber immer noch gleich sind die Auswirkungen von zuviel Salz, es schädigt den Baum- und Pflanzenbestand an Strassen und Plätzen, Salzwasser verursacht aber auch Schäden an Fahrbahnbelägen und Kunstbauten wie Brücken, Unterführungen und Kanälen. Wegen diversen Winterdiensteinsätzen im Januar ist das Budget schon aufgebraucht. Der Stadtrat beantragt deshalb zusätzlich zu den 250 000 Franken, die schon gesprochen wurden, noch 322 000 Franken, also mehr als doppelt soviel. In Anbetracht der Tatsache, dass der Stadtrat den Salzverbrauch reduzieren will, können wir nicht verstehen, warum jetzt doppelt soviel Salz eingekauft werden soll und beantragen deshalb, den Kredit um 50 % zu kürzen, also auf 161 000 Franken. So können wir dem Stadtrat helfen, die eigene Weisung für einen zweckdienlichen Winterdienst auch umzusetzen.*

Christian Traber (CVP): *Man kann grundsätzlich finden, dass die Strassen weniger mit Salz bestreut oder die Streumaschinen feiner eingestellt werden sollten, damit man weniger Salz benötigt. Wir sind aber bei den Zusatzkrediten. Man braucht ja nicht ausgiebig Salz, wenn viel Schnee fällt, sondern vor allem, wenn Eis und Minustemperaturen herrschen. Dies betrifft nicht nur die Strassen, sondern auch die Trottoirs. Die besorgten Bürger melden sich, wenn ihr Trottoir vor dem Haus nicht schwarz geräumt ist. Die Stadt konnte ihr Lager nicht auffüllen. Wenn dann im November und Dezember die Kälte kommt und Salz benötigt wird, wird der normale Bestand nicht reichen, um dies zu meistern. Ich sehe nicht ganz ein, warum man den Zusatzkredit kürzen will. Es ist nötig, dass die Salzlager geöffnet werden und man bereit ist, falls es*

dann wirklich kalt wird.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Man sollte nicht mehr Salz streuen, als notwendig ist. Für uns ist aber ein demokratiepolitischer Grund ausschlaggebend. Der Gemeinderat hat vor sechs Jahren ein Postulat der SVP mit sehr klarer Mehrheit überwiesen, damit der Stadtrat den Salzverbrauch reduziert. Wir haben nachgefragt, wie der Salzverbrauch in den letzten Jahren war und die Antwort von ERZ Entsorgung + Recycling Zürich war, dass der effektive Salzverbrauch nicht ausgewertet wird. Es wurde also trotz überwiesenem Postulat noch nicht einmal gemessen, wieviel Salz gebraucht wurde. Die Zahlen sind notwendig, um das Postulat zu prüfen. So geht es nicht und deshalb unterstützen wir den Antrag der Grünen.

Michael Baumer (FDP): Man muss die Lager jetzt füllen und wenn es nicht genug Salz gibt, freue ich mich auf die Wahlkampfaktion, die wir zusammen mit dem Stadtrat machen, um die Strassen zu salzen.

Walter Angst (AL): Man wird den Salzverbrauch nicht reduzieren, indem man jetzt dafür sorgt, dass weniger Salz in die Silos gefüllt wird. Wenn, dann wird einfach im Winter teures Salz nachgekauft, wenn das alte ausgestreut ist. Dann wird es noch ein wenig teurer. Der Ansatz, den Verbrauch zu reduzieren, ist richtig, aber der Weg, den man gewählt hat, ist falsch. Gegen die Vorgaben des Salzmonopols die Silos zu 75 % zu füllen, damit es gegen einen strengen Winter genug Salz in der Schweiz gibt. Wenn man das verhindert, kommt man dem Ziel nicht näher. Deshalb hat die AL-Fraktion in die Mehrheit zum Stadtrat gewechselt.

Roger Liebi (SVP): Wir wären auch gerne an einer solchen Streuaktion dabei. Darum wechseln wir zum Stadtrat. Wir finden es sinnvoll, dass man dies so handhabt.

Andreas Egli (FDP): Wenn man sich bis jetzt gefragt hat, was Schönwetterpolitik ist, ist dies das Nein der SP und der Grünen zu diesem Zusatzkredit. Sie hoffen schlicht darauf, dass das Salz nicht benötigt wird, weil wir schönes Wetter haben.

Florian Utz (SP): ERZ Entsorgung + Recycling Zürich begründete, der Winter sei streng gewesen und deshalb wird jetzt ein ganz grosser Zusatzkredit benötigt. Darüber haben wir uns gewundert, denn in den fünf letzten Wintern ist nie weniger Schnee gefallen wie im letzten Winter. Wenn man die Zahlen auswertet, hat man 2012 pro Zentimeter gefallener Schnee 26,7 Tonnen Salz benötigt, im nächsten Winter 23,2 Tonnen, im übernächsten 27 Tonnen, im überübernächsten 27,8 Tonnen und im letzten Winter macht ERZ Entsorgung + Recycling Zürich plötzlich geltend, man benötige 92,3 Tonnen. Es ist klar, dass es noch andere Faktoren gibt, neben der Schneemenge, beispielsweise die Anzahl Eistage. Doch ERZ Entsorgung + Recycling Zürich liefert gar keine Antwort und wenn man das nicht tut, hat man die Arbeit gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht gemacht. Einen Wechsel in der Politik erreicht man nicht, indem man alles kritiklos durchwinkt, manchmal muss man ein Signal setzen. Die SVP hat vor sechs

Jahren ein Postulat eingereicht, in dem exakt das Gegenteil von dem gefordert wurde, was heute gefordert wird. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verlangen eine geradlinige Politik und nicht einen solchen Schleuderkurs.

Christian Traber (CVP): Man muss auch die Antwort von ERZ Entsorgung + Recycling Zürich richtig lesen. Dort steht: «Denn wie mehrmals erläutert, sind die grossen Salzeinsätze bei überfrierender Nässe und Glatteis gefragt». Das hat nichts primär mit dem Schnee zu tun, deshalb sollte man die Schneetage vergessen, denn darum geht es nicht. Es geht nicht um den Schnee und den Salzverbrauch. Die Lager müssen aufgefüllt werden, weshalb dem Zusatzkredit zugestimmt werden soll.

S. 5	35 3560 3131 0000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung Materialien für den baulichen Unterhalt		
6a)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	322 000	Minderheit 1	Christian Traber (CVP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Neu 1 Verbesserung 1	0 322 000	Minderheit 2	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
	Begründung 1	Ordentlich budgetieren.		
	Neu 2 Verbesserung 2	161 000 161 000	Minderheit 3	Felix Moser (Grüne), Referent; Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	Begründung 2	Grüne: Sparsamer mit Streusalz umgehen; SP: Unklare Antworten und fehlende Buchführung über Salzverbrauch seitens von ERZ.		
			Enthaltung	Präsident Walter Angst (AL)

Stefan Urech (SVP) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 1 mit 65 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6b)

Kommissionsminderheit:

Stefan Urech (SVP): Wir ziehen den Antrag zurück.

15 / 25

S. 5	35 3560 3145 0000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung Strassenunterhalt		
6b)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	571 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
	Verbesserung	571 000		
	Begründung	Ordentlich budgetieren.		

Stefan Urech (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 7)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Dieser Vorstoss wurde 2010 als dringliche Motion überwiesen. Es dauerte ungefähr zwei Jahre, bis die Antwort kam. 2015 war der Vorstoss im Gemeinderat und wir zählen heute das Jahr 7 nach der Einreichung dieses dringlichen Vorstosses. Und jetzt braucht man dringend einen Zusatzkredit, damit man das Geschäft jetzt noch schnell erledigen kann. Deshalb sollte der Antrag abgelehnt werden, damit man ihn 2018 ordentlich erledigen kann. Ein Jahr mehr oder weniger spielt nun auch keine Rolle mehr.

Walter Angst (AL): Es stimmt, dass es sich hierbei um eine alte Forderung handelt und jetzt könnte sie umgesetzt werden. Wir glauben, es ist sinnvoll, dies an die Hand zu nehmen. Die Bevölkerung hat ein Interesse daran, zu wissen, welche Belastungen in den Innenstadtquartieren vorhanden sind aufgrund der Businessapartements und des Airbnbs. Das ist eine Debatte, die aktuell geführt wird. Man wird über Massnahmen diskutieren. Deshalb ist es sinnvoll, dass dies umgesetzt wird.

S. 5	40 4000 3180 0000	Hochbaudepartement Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
7)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	95 000	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

	Neu	0	Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
	Verbesserung	95 000		
	Begründung	Zusätzlichen Aufwand zur Umsetzung der Motion und des Postulats im Jahr 2018 ordentlich budgetieren.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): 100 000 Franken sollen für Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten von Dritten gesprochen werden. Die zusätzlichen Kosten sind aufgrund der Planung für gemeinnützigen Wohnungsbau entstanden. Dies sollte man 2018 ordentlich budgetieren, es ist nichts Dringendes.

Dorothea Frei (SP): In diesem Zusatzkredit geht es genau nicht um den gemeinnützigen Wohnungsbau, sondern um das Schulhaus Guggach, das vorgezogen gebaut werden kann. Damit dies realisiert werden kann, wird mehr Geld für die Planung benötigt. Das Schulhaus Guggach ist im Raumbedarf des Schulraumkonzepts Waidberg ausgewiesen, es ist aufgrund der zu erwartenden Kinderzahl belegt. Es gibt keinen Grund, den Zusatzkredit abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Es gab eine Motion, um den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern und zwar war auch hier einmal mehr die Begründung, das Land hat man sowieso, deshalb kostet das Vorhaben die Stadt nichts. Jetzt ist es so, dass man doch noch Infrastruktur auf dieses Land stellen muss. Das konnte man sich nicht vorher überlegen, deshalb muss man das Geschäft jetzt dringlich machen. Wir sind in der Enthaltung und bleiben dort, weil wir nicht in Kauf nehmen wollen, dass am Schluss effektiv Schülerinnen und Schüler ohne Schulhaus dastehen. Wir sind der Meinung, die Schulhausinfrastruktur muss realisiert werden. Aber jetzt zu sagen, das hat überhaupt nichts miteinander zu tun, ist nicht richtig. Deshalb können wir dem Kredit auch nicht zustimmen.

Dorothea Frei (SP): Wo gebaut wird, werden Schulhäuser benötigt. Das Problem haben wir in Affoltern gehabt, wo man das Schulhaus Blumenfeld so spät gebaut hat. Das hat nichts mit gemeinnützig zu tun. Wo gebaut wird, privat oder nicht, wird Infrastruktur benötigt.

17 / 25

S. 6	40 4040 3182 0000	Hochbaudepartement Immobilien Stadt Zürich Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	100 000	Mehrheit	Dorothea Frei (SP), Referentin; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shai- bal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
	Verbesserung	100 000		
			Enthaltung	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Planungen für gemeinnützigen Wohnungsbau nicht prioritär, im Budget 2018 or- dentlich budgetieren.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 19 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 9)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Bei drei Anträgen hintereinander wurde irrtümlicherweise etwas nicht budgetiert oder auf einem falschen Konto budgetiert. Das Problem ist dabei, dass wir bei der letzten Budgetberatung durch die verschiedenen Ämter durchgegangen sind und es in den letzten zehn Jahren kein Amt gab, das so wahnsinnig gewachsen ist wie die IMMO. Und die IMMO leistet sich jetzt hier einen Fehler nach dem anderen. Und auch in anderen Kommissionsgeschäften heisst es immer wieder, dass Fehler passiert sind. Wir sollten dies 2018 wieder budgetieren und zu diesem Fehler stehen.

Raphaël Tschanz (FDP): Es ist sicher unschön, wenn man immer wieder feststellen muss, dass irrtümlich oder falsch budgetiert worden ist. Tatsache ist, dass es sich hier um Objektkredite handelt, bei denen die Mittel schon bewilligt wurden und einfach nicht eingestellt worden sind. Es sind keine Mehrausgaben und im Rahmen der Kredite beantragt die Mehrheit, dass man den Zusatzkreditbegehren zustimmt.

S. 6	40 4040 500403	Hochbaudepartement Immobilien Stadt Zürich Blockheizkraftwerk Hardau: Instandsetzung		
9)	Anträge der RPK			

18 / 25

	Antrag Stadtrat	265 000		Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
	Verbesserung	265 000			
	Begründung	Ordentlich budgetieren.			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Hier ist es genau das gleiche. Wenn in einem kleinen Verein der Kassier vergisst, etwas zu budgetieren, kann man sagen: Irren ist menschlich. Aber dass ein Amt, das so aufgebläht ist und jährlich so viele neue Mitarbeiter hat, gesprochene Mittel nicht budgetiert, geht so nicht.

Raphaël Tschanz (FDP): Auch hier geht es darum, dass die Mittel im Rahmen eines Objektkredits bewilligt worden sind. Jetzt hat man die Möglichkeit, die Arbeiten zum Abschluss zu bringen und eine Verzögerung bringt nichts. Deshalb sollte dem so zugestimmt werden.

S. 6	40 4040 500518	Hochbaudepartement Immobilien Stadt Zürich Pflegezentrum Bachwiesen: Erneuerung Wärmeerzeugung			
10)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	220 000		Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
	Verbesserung	220 000			
	Begründung	Ordentlich budgetieren.			

Ausstand: Thomas Schwendener (SVP)

19 / 25

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen
Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Auch die dritte irrtümliche Budgetierung ist ein Paradebeispiel für das Sprichwort: Zuviele Köche verderben den Brei.

Raphaël Tschanz (FDP): Ich kann mich gut erinnern, wie der RPK-Vertreter des Hochbaudepartements uns weisgemacht hat, dass sie die Prozesse im Griff haben und auch ISO-zertifiziert sind. Wenn immer wieder solche Fälle passieren, kann man sich schon fragen, was nicht in Ordnung ist. Tatsache ist, dass es sich hierbei um eine Kreditübertragung handelt und keine Mehrausgabe, weshalb die Mehrheit zustimmt.

S. 9	40 4040 von 3040 0000 nach 3030 0000	Hochbaudepartement Immobilien Stadt Zürich Personalversicherungsbeiträge Sozialversicherungsbeiträge		
11)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	300 000	Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
	Begründung	Ordentlich budgetieren.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Hier geht es um 130 000 Franken, durch die neue Schulraumplanung entstehen Mehrkosten. Es ist typisch für eine rot-grüne Regierung, dass man erst plant und sich dann fragt, welche Mittel man dafür benötigt. Wir sagen, man soll so planen, dass es mit den budgetierten Mitteln reicht oder die Mittel ordentlich budgetieren.

Raphaël Tschanz (FDP): Bei den Züri-Modular-Pavillons geht es wieder um einen Rahmenkredit. Im konkreten Fall ging es darum, dass eine Studie aufzeigte, dass man den geplanten Pavillon nicht an dem geplanten Ort erstellen konnte. Man benötigte den Schulraum aber trotzdem und fand eine Alternative in einer anderen Schule. Warum man dies ablehnen soll, ist uns in diesem Fall nicht wirklich ersichtlich.

Weitere Wortmeldung:

Felix Moser (Grüne): Die 130 000 Franken wurden für einen Pavillon im Schulhaus Entlisberg budgetiert und jetzt soll der Pavillon im Schulhaus Neubühl stehen. Ob der Pavillon hier oder dort steht, führt nicht zu Mehrkosten für die Stadt, weshalb ich die ablehnende Begründung nicht verstehe. Wir haben uns auch überlegt, ob wir den Kredit ablehnen sollen, denn es gibt grundsätzliche Probleme in der Schulraumplanung. Es ist bekannt, dass die Stadt nicht im Zeitplan ist mit dem Bau von neuem Schulraum, deshalb werden jedes Jahr überall neue Pavillons aufgestellt. Das ist schwer zu verstehen und nicht die beste Lösung. Ob das Unterrichten besser klappt in einem Pavillon oder einem Schulhaus, kann ich nicht beurteilen, aber Pavillons haben andere Nachteile. Ein Problem eines Pavillons ist der Aussenraum des Schulhauses, es gibt weniger Freifläche für die Kinder. Es kommen mehr Schüler auf das Areal, in der Regel vier bis sechs Klassen pro Pavillon, es gibt also viele Schüler mehr und weniger Pausenraum für diese. Im Leutschenbach gab es eine grosse grüne Wiese, dann wurde ein Pavillon installiert, jetzt wird der zweite gebaut und es gibt noch weniger Wiese und Pausenplatz. Und der Pavillon wurde dann noch genau dorthin gestellt, wo sich der Spielplatz für die Unterstufenkinder befand. Die Grünen haben schon lange ein Postulat eingereicht, das verlangt, die Pavillons so aufzustellen, dass der Freiraum nicht reduziert wird, aber anscheinend ist dies schwer umzusetzen. Das zweite Problem ist, dass überall wo Pavillons installiert werden noch neue Parkplätze gebaut werden. Konkret geht es beim Pavillon Neubühl, bei dem wir den Kredit bewilligen, um vier neue Parkplätze. Bei der Rückfrage in der RPK konnte das Hochbaudepartement nicht begründen, wie man auf diese vier Parkplätze kommt, es hiess nur, dass sei so in Absprache mit dem Tiefbaudepartement. Es ist fragwürdig, wenn für die Stadt auf einem Schulareal Parkplätze wichtiger sind als genügend Pausenraum für die Kinder, denn die Parkplätze tangieren wieder eine grüne Wiese, die als Freiraum für die Kinder gedacht ist. Um den Stadtrat zu unterstützen, dass er in Zukunft nicht mehr die Parkplätze auf den grünen Wiesen platziert, haben wir heute ein entsprechendes Postulat eingereicht. Dem Planungskredit stimmen wir heute trotzdem zu, weil gleichzeitig schon die Weisung zum Bauprojekt in der Kommission behandelt wird. Diese schauen wir aber sehr genau an und wenn es keine Verbesserungen gibt, behalten wir uns vor, dem Bau des Pavillons nicht zuzustimmen.

21 / 25

S. 9	40 4040 von 500585 nach 500609	Hochbaudepartement Immobilien Stadt Zürich Schulanlage Entlisberg: Erstellung Pavillon II Schulanlage Neubühl: Erstellung Pavillon		
12)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	130 000	Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
	Begründung	Schulraumplanung so gestalten, dass diese mit den budgetierten Mitteln realisiert werden kann.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Für eine juristische Praktikantin sollen 18 000 Franken im Departement der Industriellen Betriebe eingestellt werden. Der Verwaltungsapparat sollte nicht noch zusätzlich aufgebläht werden, schicken wir die Praktikantin lieber direkt in die Privatwirtschaft.

Christian Traber (CVP): Die Stellen wären da, der Stadtrat könnte sie in seinem Departementssekretariat besetzen, aber er achtet darauf, dass es wirklich genug Arbeit gibt. Es wird nichts aufgebläht. Bei den Bauingenieuren hiess es vorher, es würde nicht genügend ausgebildet und nun will das DIB einer jungen Juristin die Chance geben, sich im Verwaltungsrecht in einer öffentlichen Verwaltung weiterzubilden und jetzt will man die Kreditübertragung auch verwehren. Das kann ich nicht nachvollziehen.

S. 9	45 4500 von 3010 0000 nach 3012 0000	Departement der Industriellen Betriebe Departement der Industriellen Betriebe Zentrale Verwaltung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Löhne des Personals in Ausbildung		
13)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	18 000	Mehrheit	Christian Traber (CVP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix

22 / 25

				Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)
	Begründung	Verwaltungsapparat nicht zusätzlich aufblähen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): 70 000 Franken benötigt das DIB für einen neuen Anstrich der VBZ-Onlinezeitschrift und auch ihr Intranet soll ein Update bekommen. Hier stellen wir grundsätzlich die Rechtfertigung der Zeitschrift in Frage und das Intranet kann auch noch bis 2018 ein wenig schlechter aussehen und dann ordentlich budgetiert werden.

Christian Traber (CVP): Es geht nicht nur um die VBZ Online, es geht allgemein um den Internetauftritt und das Intranet der VBZ. Wir haben schon in der Budgetdebatte festgestellt, dass die Beträge auf dem falschen Konto eingestellt wurden, dass es nicht temporäre Aktionen betrifft, sondern Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter. In dem Sinne ist es nur folgerichtig, die Aufwände richtig zu stellen, so dass man hier der Kreditübertragung zustimmt.

Weitere Wortmeldung:

Stefan Urech (SVP): Trotzdem steht die Frage im Raum, warum wir 70 000 Franken für die VBZ-Onlinezeitschrift sprechen sollten? Was sie beinhaltet und wer sie liest und warum sie jetzt einen neuen Anstrich benötigt?

S. 9	45 4540 von 3107 0000 nach 3189 0000	Departement der Industriellen Betriebe Verkehrsbetriebe Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter		
14)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	70 000	Mehrheit	Christian Traber (CVP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick

23 / 25

				(SVP)
	Begründung	Ordentlich budgetieren und Verzicht auf Onlinezeitschrift der VBZ.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): 22 600 Franken sollen für die Stelle einer Praktikantin im Sozialdepartement gesprochen werden. Wir fordern, die Sozialindustrie nicht weiter aufzublähen.

Felix Moser (Grüne): Es geht hier um eine Praktikumsstelle im Sozialdepartement in der Abteilung Contract Management in der Kinderkrippe. Dort wird eine neue Stelle benötigt. Wir haben vor kurzem im Rat die neue Verordnung über Kinderkrippen bewilligt und diese muss jetzt umgesetzt werden. Das gibt Arbeit und muss bis Ende Jahr erledigt werden. Die Krippen müssen so bald wie möglich die neuen Tarife wissen und deshalb wird der Zusatzkredit benötigt. Die FDP hat damals der Verordnung für Kinderkrippen zugestimmt, also sollte sie jetzt auch der Umsetzung zustimmen. Warum soll man diese KMUs nun bestrafen, damit sie ihre Tarife erst im letzten Moment bekommen? Und dass man von Sozialindustrie redet, wenn es um Kinderkrippen geht, finde ich auch speziell.

Weitere Wortmeldung:

Stefan Urech (SVP): Dass eine neue Gegebenheit die Situation ein wenig verändert, gibt es auch in der Privatwirtschaft. Nur der Unterschied ist, dass man nicht an einem Mittwochnachmittag in den Gemeinderat kommen und eine neue Stelle beantragen kann. Man muss selber Gas geben.

S. 11	55 5500 von 3010 0000 nach 3012 0000	Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Löhne des Personals in Ausbildung		
15)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	22 600	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christi- an Traber (CVP), Florian Utz (SP)

24 / 25

	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Sozialindustrie nicht weiter aufblähen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivpunkte A–B

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivpunkten A–B.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivpunkte A–B.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

A. Für das Jahr 2017 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitionsrechnung Fr.
1. Zusatzkredite	7 966 200	2 289 600
2. Kreditübertragungen	+5 923 200 –38 813 200	+33 020 000 –130 000
Zusatzkredite brutto	–24 923 800	35 179 600

25 / 25

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	7 966 200	2 289 600
– den Kreditübertragungen von	+5 923 200	+33 020 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Min- derausgaben aus den Kreditübertragungen von	–38 813 200	–130 000
– Folgewirkungen der Zusatzkredite und Kre- ditübertragungen auf die Laufende Rech- nung (Aufwand/Ertrag) bzw. die Investitions- rechnung (Ausgaben/Einnahmen) von	28 185 000	–
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	3 261 200	35 179 600

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. Juli 2017 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat